

Kiel, 26.02.2009

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 9, Große Anfrage Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung in Schleswig-Holstein (Drucksache 16/2276)

Hans Müller:

Kultur muss für alle offen sein

Für uns ist die Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen am kulturellen Leben entscheidend, hebt der kulturpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans Müller, hervor. Doch es gibt einen Konflikt zwischen der Notwendigkeit, allen Menschen Zugang zur Kultur zu ermöglichen, und den Zwängen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Der Zugang zur Kultur kann über Initiativen erleichtert werden. Für die soziale Öffnung der kulturellen Angebote muss noch viel getan werden. Land und die Kommunen müssen für ein Mindestmaß an Planungssicherheit sorgen. Wichtig ist es, kulturelle Schwerpunkte zu bilden. Die öffentliche Hand muss in besonderem Maße das unterstützen, was es schwer hat, sich durchzusetzen. Bund, Länder und Kommunen sollten die Verantwortung nicht untereinander hin- und herschieben, sondern im Dialog Lösungen finden. Der Abbau von Bildungsbarrieren schafft gute Bildung für alle, und die ist der Schlüssel zu allen Formen der Kultur.

Die Rede im Wortlaut:

Seitdem die Landesregierung im Oktober 2008 ihre Antwort auf unsere Große Anfrage zur Kultur in Schleswig-Holstein vorgelegt hat, bin ich endgültig davon

überzeugt, dass es richtig war, diese Anfrage zu stellen. Bei derart umfassenden Erhebungen besteht immer die Gefahr, dass man mitschuldig wird an einem riesigen Datenfriedhof. Das ist hier anders.

Wir haben um eine Fortschreibung der Antwort auf unsere Große Anfrage von 1997 und auf den Kulturwirtschaftsbericht von 2004 gebeten. Die jetzt vorliegende Bestandsaufnahme wird in ihren Daten für die wenigen Kulturpolitiker im Landtag, aber auch für sehr viele Kulturschaffende und Kultur Verwaltende, allen Ebenen, eine wichtige Arbeitsgrundlage sein. Dafür hat die Verwaltung, ganz in unserem Sinne, viel und gut gearbeitet. Vielen Dank dafür.

Ich will zunächst unterstreichen, dass die Landesregierung mit unserer Fraktion (und ich glaube, auch mit den anderen Fraktionen des Hauses) über den **hohen gesellschaftlichen Stellenwert der Kultur** einig ist. Für uns ist gerade die Teilhabe aller, ich betone: aller gesellschaftlicher Gruppen am kulturellen Leben entscheidend.

Dabei gibt es einen gesellschaftlichen und demzufolge auch einen Konflikt aller staatlichen Ebenen zwischen der Notwendigkeit, **allen Menschen Zugang zur Kultur zu ermöglichen**, und den Zwängen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Der Zugang zur Kultur kann über Initiativen wie die MuseumsCard, die Jugendliche unter 17 in den Sommermonaten den freien Eintritt in zurzeit 41 Museen ermöglicht, erleichtert werden. Angebote dieser Art müssen gerade für Familien ausgeweitet werden. Hierzu trägt auch die Initiative der Lübecker Haukohl-Stiftung bei, die mit museumspädagogischen Mitteln den Zugang insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Stadtteilen ermöglicht.

Auch für die Träger der Museen ist es attraktiver, wenn Besucher immer wiederkommen und dabei geringere Eintrittsgelder zahlen, als wenn bei hohem Eintrittsgeld der Besuch einmalig bleibt. Wir wollen, dass Museumsbesuche auch für Menschen mit geringem Einkommen nicht einmaliges Erlebnis bleiben muss. Für die **soziale Öffnung der kulturellen Angebote** muss noch viel getan werden.

Das hohe Lied der **Ehrenamtlichkeit** wird zu Recht gesungen. Auch im kulturellen Bereich wäre vieles nicht möglich ohne die vielen Menschen, die hier Zeit, Kraft und auch Geld investieren. Aber es gibt einen Widerspruch zwischen den schönen Sonntagsreden und den immer schlechter werdenden gesetzlichen, besonders steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, besonders den immer geringeren Möglichkeiten, die Kosten ehrenamtlicher Arbeit von der Steuer abzusetzen.

*Kultur lebt immer stärker von **Sponsoren und privatem Engagement** in Stiftungen. Als Lübecker Abgeordneter weiß ich das besonders zu schätzen. Würde dies wegbrechen, hätte es eine kulturelle Verödung unserer Gesellschaft zur Folge.*

*Die **Auswirkungen der Finanzkrise auf die Kulturförderung** sind noch gar nicht absehbar. Deshalb sollte über die Anregung der Enquete-Kommission des Bundestages nachgedacht werden, Erbschaftssteuerschulden durch die Abgabe von Kulturgütern tilgen zu können; dazu brauchen wir natürlich eine bundeseinheitliche Regelung.*

Das **Land und die Kommunen** werden und können keine Existenzgarantien für jede kulturelle Organisation und Institution übernehmen. Sie müssen jedoch **für ein Mindestmaß an Planungssicherheit sorgen**. Die geplante Beendigung einer Förderung muss in einem angemessenen mehrjährigen Zeitraum angekündigt werden, damit die Zuwendungsempfänger ausreichend Möglichkeit haben, sich um andere Einnahmen zu bemühen oder ihre Tätigkeit geordnet auslaufen zu lassen.

Natürlich müssen in stärkerem Maße als bisher **kulturelle Schwerpunkte** gebildet werden. Die öffentliche Hand muss in besonderem Maße das unterstützen, was es schwer hat, sich durchzusetzen, also ungewöhnlich und nicht so populär ist - allerdings nicht unbegrenzt. Kulturelle Angebote müssen auch eine **realistische Strategie für die Erwirtschaftung von Eigeneinnahmen** haben. Hier ist Augenmaß gefragt. Die Landesregierung geht davon aus, dass bei jedem Museumsbesuch ein Umsatz von 15 € erreicht wird. Dieser Betrag ist für viele Menschen, insbesondere für Familien, zu hoch.

Ich denke auch, dass wir unseren **Museen mehr Eigenverantwortung über ihr Eigentum einräumen** müssen. Viele Häuser verfügen über volle Magazine mit Beständen, die niemals ausgestellt und auch nicht bei der Forschungs- und Veröffentlichungstätigkeit des Museums berücksichtigt werden. Die beste Lösung wäre hier ein Austausch mit anderen Museen im In- und Ausland. Das wird nicht immer gehen, und deswegen meine ich, dass wir auch über die Möglichkeit nachdenken müssen, derartige Objekte zu verkaufen. Das ist ein sehr heikles Thema, das sehr leicht mit Unterschlagung und Korruption in Verbindung gebracht wird. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist ein verbindliches und transparentes Verfahren, das den Mitarbeitern und Leitungen unserer Museen Rechtssicherheit gibt.

Die Zahlen über das **Einkommen freischaffender Musiker und Künstler** sind erschreckend; wenn das Monatseinkommen schon im Schnitt unter 1.000 € liegt, erreichen viele Künstler nicht einmal das Niveau von Hartz-IV-Beziehern. Jegliche weitere Belastung verbietet sich von selbst; der Landtag hat gut daran getan, als er sich vor einigen Monaten gegen Eingriffe in die Künstlersozialversicherung ausgesprochen hat. Der Enquetebericht des Bundestages hat Vorschläge zur Verbesserung dieser Versicherung gemacht, die derzeit in den zuständigen Ausschüssen behandelt werden.

Ich habe mich gefreut, dass die Antwort der Landesregierung in den **Schutz unserer nationalen Minderheiten und Volksgruppen** durch die Landesverfassung auch die Sinti und Roma einbezieht. Wie wir alle wissen, entspricht dies noch nicht dem Wortlaut von Art. 5, weil sich hierfür bisher noch keine erforderliche Mehrheit gefunden hat. Ich verstehe die Formulierung als Aufforderung, gemeinsam erneut in diese Diskussion einzusteigen. Wir sind dazu bekanntermaßen schon lange bereit.

Es gibt immer wieder eine Diskussion um die Zuständigkeit für die Kultur innerhalb der Landesregierung, auf die sich die Koalition verständigt hat. Viele würden die Kultur lieber in einem Fachressort sehen statt beim Ministerpräsidenten oder beim Regierenden Bürgermeister, wie in Berlin. Die entscheidende Frage ist nicht, in welchem Ressort, sondern was in Sachen Kultur getan wird. Aus der Antwort auf unsere Große Anfrage wird ersichtlich, dass in unserem finanzschwachen Land kulturell sehr viel in Bewegung ist.

Weitere strukturelle Fragen ergeben sich aus unserer föderativen Staatsordnung. Es nützt niemandem, wenn **Bund, Länder und Kommunen** die Verantwortung untereinander hin- und herschieben. Der Enquetebericht des Bundestages hat für alle Ebenen gangbare Handlungsanweisungen formuliert, die im Dialog und gutem Willen gelöst werden können. Eine Verstetigung des Dialogs der drei Ebenen ist unverzichtbar und unser ausdrückliches Interesse.

In der Antwort ist zwar vom Dialog mit den Kommunen die Rede; gleichzeitig sahen sich viele Kommunen leider nicht in der Lage, Antworten zu liefern, sieht man von einzelnen Städten wie Lübeck einmal ab.

Die Landesregierung beschreibt die Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien. Erstaunlich für mich war, dass das Bildungsministerium dort nicht ausdrücklich genannt wurde. Erst nach den Ministerien für Wirtschaft und Wissenschaft

und für Ländliche Räume folgt das Jugendministerium. **Meine Priorität gilt der engen Zusammenarbeit zwischen Bildung, Kultur und Jugend.**

Der **Abbau von Bildungsbarrieren** schafft gute Bildung für alle, und die ist der **Schlüssel zu allen Formen der Kultur**. Die ästhetische und kommunikative Erziehung in Kita und Schule, aber auch in der Berufsbildung sind unverzichtbar für den kulturellen Zugang. Wir haben die richtige Richtung im Kita-Gesetz und im Schulgesetz eingeschlagen.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

1. Kultur darf kein Luxus und muss für alle offen sein; also demokratische Kultur und kulturelle Demokratie verwirklichen.
2. Kulturpolitik muss Kreativität und Phantasie anregen, also auch Spaß machen.
3. Wir brauchen eine unbegrenzte Vielfalt kultureller Angebote, was Alltags- und Industriekultur ausdrücklich mit einbezieht.

Wir sind auf dem Weg, haben aber noch eine weite Strecke vor uns. Vielen Dank auch an alle nicht genannten Kulturschaffenden, ohne die unser Land deutlich ärmer wäre.

Ich schlage vor, die Antwort der Landesregierung dem Bildungsausschuss federführend und den übrigen Ausschüssen zur Mitberatung zur abschließenden Behandlung zu überweisen.